



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 94. Sitzung

Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss

20. Wahlperiode – 56. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. April 2025, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender
Claus Christian Claussen (CDU), in Vertretung von Rasmus Vöge
Michel Deckmann (CDU)
Rixa Kleinschmit (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Marion Schiefer (CDU), in Vertretung von Sönke Siebke
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Dr. Bernd Buchholz (FDP), in Vertretung von Annabell Krämer

Anwesende Abgeordnete des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses

Claus Christian Claussen (CDU), Vorsitzender
Michel Deckmann (CDU), in Vertretung von Peer Knöfler
Rixa Kleinschmit (CDU), in Vertretung von Andreas Hein
Ole Plambeck (CDU), in Vertretung von Rasmus Vöge
Marion Schiefer (CDU), in Vertretung von Lukas Kilian
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Nelly Waldeck
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD), in Vertretung von Thomas Hölck
Kianusch Stender (SPD)
Dr. Bernd Buchholz (FDP)
Christian Dirschauer (SSW), in Vertretung von Sybilla Nitsch

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Aktenvorlagebegehren der SPD-Fraktion gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung betreffend Wandelanleihe und TCTF-Förderung gegenüber Northvolt	4
Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 20/4137	
Antrag der Fraktion der SPD auf Entstufung von Aktenbestandteilen Umdruck 20/4656	
Antrag der Fraktion der FDP auf Entstufung von Aktenbestandteilen Umdruck 20/4657	
2. Verschiedenes	7

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:03 Uhr. Die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse wird festgestellt und die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Aktenvorlagebegehren der SPD-Fraktion gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung betreffend Wandelanleihe und TCTF-Förderung gegenüber Northvolt

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 20/4137](#)

hierzu: Umdrucke [20/3493](#) (vertraulich), [20/3679](#) (vertraulich),
[20/3796](#) (vertraulich), [20/3893](#) (vertraulich),
[20/4043](#) (vertraulich), [20/4062](#) (vertraulich),
[20/4115](#), [20/4137](#), [20/4138](#), [20/4211](#), [20/4216](#),
[20/4348](#), [20/4480](#), [20/4481](#), [20/4493](#), [20/4545](#),
[20/4560](#), [20/4561](#) (vertraulich), [20/4575](#), [20/4589](#),
[20/4591](#), [20/4646](#), [20/4658](#), [20/4672](#), [20/4675](#),
[20/4679](#)

Antrag der Fraktion der SPD auf Entstufung von Aktenbestandteilen

[Umdruck 20/4656](#)

Antrag der Fraktion der FDP auf Entstufung von Aktenbestandteilen

[Umdruck 20/4657](#)

Ausschussmitglieder und Landesregierung diskutieren darüber, inwieweit Aktenbestandteile öffentlich gemacht beziehungsweise in welchem Umfang und warum Schwärzungen vorgenommen werden.

Minister Schrödter, Chef der Staatskanzlei, wiederholt unter Bezugnahme auf sein Schreiben vom 9. April 2025, [Umdruck 20/4679](#), dass die Landesregierung ungeachtet ihrer Rechtsauffassung die von der Opposition erbetenen Aktenbestandteile öffentlich machen werde, mit bestimmten Schwärzungen, um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und persönliche Daten zu schützen.

Abgeordnete Raudies entgegnet, die SPD sehe das Informationsinteresse der Öffentlichkeit durch das bisherige Verfahren und die Schwärzungen in keiner Weise befriedigt. Die Öffentlichkeit habe ein Recht darauf zu erfahren, wie es habe passieren können, dass das Land 300 Millionen Euro „in den Sand gesetzt“ habe.

Abgeordneter Plambeck steht auf dem Standpunkt, dass die Landesregierung größtmögliche Transparenz gewährleiste, indem sie die von der Opposition erbetenen Aktenbestandteile für die Behandlung in öffentlicher Sitzung freigebe und damit für jedermann zugänglich mache.

Aus Sicht des Abgeordneten Stender sind die Schwärzungen, die die Landesregierung in den Aktenbestandteilen vorgenommen habe, in dem „massiven“ Umfang unberechtigt. Außerdem fehlten offensichtlich Protokolle von Video- und Telefonkonferenzen und mögliche weitere Verschriftlichungen, und es sei nicht immer nachzuvollziehen, welche Personen sich hinter welchen Zeichen verbärgen.

Abgeordnete Herdejürgen vermisst in den vorgelegten Akten Gesprächsvermerke zu Telefongesprächen.

Abgeordneter Dr. Buchholz macht darauf aufmerksam, dass es darum gehe, die Entscheidungsfindung der Landesregierung nachzuvollziehen. Das setze voraus, dass die begehrten Akten öffentlich und Schwärzungen auf das absolut notwendige Maß beschränkt würden (Geschäftsgeheimnisse). Wenn die Landesregierung in einer Kabinettsvorlage feststelle, dass die Rückzahlung der Wandelanleihe aufgrund der Unsicherheiten bezüglich der Belastbarkeit der vorgelegten Zahlen von Northvolt nicht sichergestellt oder die Gesamtfinanzierung des Vorhabens am Standort Heide nicht gesichert sei, müsse die Landesregierung transparent darlegen, wie sie zu ihrer Abwägungsentscheidung gekommen sei.

Sodann trägt Wirtschaftsstaatssekretärin Carstens zum Sachstand vor (Sprechzettel [Umdruck 20/4804](#)).

Abgeordneter Petersdotter wünscht sich, im Ausschuss zur inhaltlichen Debatte zu kommen.

Abgeordnete Raudies hält es für wichtig zu wissen, von wem oder zumindest aus welcher Abteilung einer Dienststelle ein Vermerk stamme (Funktionsbezeichnungen). Es gehe darum zu beurteilen, ob die Landesregierung dem Parlament vor der Entscheidung alle erforderlichen Informationen vorgelegt habe.

Abgeordneter Dr. Buchholz stellt noch einmal heraus, dass die Regierung die Veröffentlichung von Unterlagen/Aussagen nur begründet ablehnen könne, wenn die Funktionsweise im Hinblick auf die Offenheit der Willensbildung des Entscheidungsprozesses tangiert sei und die Beeinträchtigung gegenüber dem Aufklärungsinteresse des Parlaments deutlich überwiege. Es gehe um die Fragen, wie die Regierung zu ihrem Entscheidungsprozess gekommen sei und warum das Parlament nicht rechtzeitig und umfassend informiert worden sei.

Staatssekretärin Carstens weist noch einmal darauf hin, dass die Landesregierung Schwärzungen aus verschiedenen rechtlichen Gründen (verschiedene Farben) vornehmen müsse und sich um ein pragmatisches und für alle Seiten gangbares Vorgehen bemühe.

Auch Minister Schrödter macht abschließend noch einmal darauf aufmerksam, dass sich die Landesregierung mit der Vorlage von rund 40.000 Seiten/Akten/Unterlagen um größtmögliche Transparenz bemühe und die einzelnen Schwärzungen begründe, die auch den Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffen.

Vorsitzender Dirschauer teilt mit, dass die Landtagspräsidentin an den Ministerpräsidenten mit der Bitte herangetreten sei, im Rahmen der jetzigen Akteneinsicht der Unterstützung von Abgeordneten durch je **zwei** Fraktionsmitarbeitende zuzustimmen – unabhängig von einer eventuellen späteren Änderung der offiziellen Vereinbarung zu Aktenvorlageverfahren.

Die beiden Entstufungsanträge, [Umdrucke 20/4656](#) und [20/4657](#), werden einstimmig angenommen. Die aufgeführten Umdrucke nehmen die Ausschüsse zur Kenntnis.

2. Verschiedenes

Die Beratungen zur Aktenvorlage Northvolt sollen im Mai 2025 in gemeinsamer Sitzung fortgesetzt werden.

Der Finanzausschussvorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die gemeinsame Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer